



Sachsens Städte sollen sich auf Krieg vorbereiten

Fotos/Montage: LausitzNews.de/Thomas Hurmy, picture-alliance/dpa/Ingo Wagner, IMAGO/christoph Hardt

In den „Operationsplan Deutsch

Sachsens sich auf

Görlitz nimmt eine besondere Rolle im „OPLAN DEU“ ein.



Von Erik Töpfer

Das ist keine Übung: Seit Wochen klappern hochrangige Militärs Städte und Kreise in ganz Deutschland ab, um sie auf einen Krieg mit Russland vorzubereiten. In diesem Fall wird Deutschland zur Drehscheibe für die NATO - und unsere Kommunen sollen Soldaten wie Panzer, Geflüchtete und Opfer versorgen. Der Freistaat steckt mittendrin.

Seit einigen Wochen werden Deutschlands Oberbürgermeister und Landräte von Bundeswehroffizieren heimgesucht. Mit diesen „vertraulichen“ Treffen will die Truppe den Ausbau der Kriegstüchtigkeit

deutscher Kommunen vorantreiben. Kritische Infrastruktur soll identifiziert, Heimatschutz-Konzepte erarbeitet, Bunkeranlagen wiederhergestellt werden. Das berichtet das Journalistennetzwerk „Correctiv“ - und die Bundeswehr bestätigt das.

Demnach ist das Vorgehen Teil des „Operationsplan Deutschland“. Der sogenannte „OPLAN DEU“ regelt die Landesverteidigung im Ernstfall. Weite Teile davon sind streng geheim. Im siebenseitigen Handbuch dazu lässt sich aber



◀ Bunker ertüchtigen, Betten vorhalten: Für den Ernstfall kommt noch so einiges auf die Bundesrepublik zu.

seine Marschrichtung erkennen: Die Fähigkeit, innerhalb kürzester Zeit Truppen und Gerät an die Ostflanke der NATO zu verlegen, wird darin als „zentrale[r] Pfeiler der konventionellen Abschreckung“ beschrieben.

Die Bundesrepublik wird in diesem Fall zur „Drehscheibe Deutschland“ - sozusagen das Logistikzentrum für Armeen aus Frankreich, England, Nordamerika. „In den Planungen der NATO müssen mehrere Hunderttausend Soldaten durchgängig logistisch und medizinisch versorgt

werden“, heißt es darin. „Die maximale zivile Unterstützung ist [...] ein entscheidender Faktor.“ Was kommt da also auf uns zu?

MOPO hat sich in ganz Sachsen umgehört. Mehrere Landräte und Oberbürgermeister, wie etwa Dresdens OB Dirk Hilbert (53, FDP), verweigerten Aussagen, verwiesen an die Bundeswehr oder auf eine hohe Geheimhaltungsstufe. Aber nicht alle:



Aues OB
Heinrich Kohl
(69, CDU)



land“ sind auch Bürgermeister und Landräte eingebunden

Gemeinden sollen Krieg vorbereiten

Nach MOPO-Informationen fand am 13. März eine Konferenz aller sächsischen Landräte statt, bei der ein Oberst des hiesigen Landeskommandos die Teilnehmer eingeschoren hatte.

„Der Landkreis Görlitz nimmt eine besondere Rolle ein“, sagt dessen Landrat Stephan Meyer (44, CDU) auf Nachfrage. Nicht nur wegen der Truppenübungsplätze

und der Polen-Grenze: „Unsere Bahnstrecke ist schon jetzt logistischer Einlaufpunkt für Truppen, die in Richtung Baltikum unterwegs sind, hier versorgt werden und dann weiterziehen.“ Auch



Görlitzer Landrat Stephan Meyer (44, CDU)

Heinrich Kohl (69, CDU), OB von Aue-Bad Schlema, bestätigt die Gespräche. Als kommunaler Vertreter hofft er, dass dafür zügig Geld vom Bund fließt, etwa für den Ausbau der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes. Aber auch für die „Renaissance eines Kreiswehrkommandos“, so Kohl.

Dabei gibt es schon jetzt ein Problem: Die Kommunen sind für diese

Aufgaben erst im Spannungs- oder Kriegsfall zuständig. „Zivilschutz ist eine Bundesangelegenheit, die in den letzten 30 Jahren niemanden interessierte“, sagte etwa ein Sprecher der Stadt Leipzig. Und Landrat Meyer fügt hinzu, dass so eine Vorhaltung finanziert werden müsse: „Der Bau von Bunkern

oder das Ertüchtigen von Brücken für militärische Gewichtsklassen ist keine kommunale Aufgabe.“

Im Frühjahr 2026 ist die letzte Stufe des OPLAN DEU geplant, die Umsetzung der Sicherungsmaßnahmen. Spätestens dann werden wohl auch die Bürger auf die neue Lage eingeschoren.

Wenn es zu einem Krieg mit Russland kommen sollte, wird sich Deutschland vor allem um die Versorgung von NATO-Truppen im Innern kümmern müssen.



Die Bundesrepublik wird zur „Dreh Scheibe Deutschland“ - auch für schweres Gerät.